

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG MUSS NACHHALTIG SEIN

von Ramona Pop und Sabine Bangert



Fast alle sind sich einig, dass ein sozialer Arbeitsmarkt dringend notwendig ist. Der Ansatz muss sein, für Erwerbslose, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung zu schaffen. Das rot-rote Vorzeigeprojekt eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) ist gescheitert, weil es durch Fallzahlen beeindrucken sollte, statt einen zwar eingeschränkten, aber dafür einen nachhaltigen ÖBS zu schaffen.

Berlin ist bundesweit trauriger Spitzenreiter in Sachen Langzeiterwerbslosigkeit. Rund 80 000 Menschen sind davon betroffen. Trotz gewaltiger Konjunkturprogramme bleiben langzeiterwerbslose Menschen vielfach ohne Perspektive. Oft ist eine Beendigung des Leistungsbezugs nicht dauerhaft. Etwa 40 Prozent der Personen sind spätestens nach einem Jahr erneut auf staatliche Unterstützung ange-

wiesen. Die Spaltung des Berliner Arbeitsmarkts verschärft sich, viele Menschen bleiben langfristig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Berlin hat den Aufschwung nicht genutzt und steht nach fast zehn Jahren rot-roter Koalitionschlecht da. Sowohl SPD als auch die Linke haben es versäumt, den Grundstein für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu legen. Anstatt zielgerichtet Erwerbslose so zu qualifizieren, dass diese auch von dem milliardenschweren Konjunkturprogramm profitieren können, wurden erfolgreiche Programme wie "Zusatzjobs und Bildung" gekürzt, das Nachholen von Schulabschlüssen gekippt, aber auch der Etat, der für Ausbildung zur Verfügung steht, wurde im Haushalt 2010/2011 drastisch verringert. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die konsequent auf Bildung und Qualifizierung setzt, suchen wir bei Rot-Rot vergebens.

Das Vorzeigeprojekt des rot-roten Senats – der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) – ist gescheitert. Dies war absehbar. Anstatt Modelle zu entwickeln, wie man dauerhaft einen ÖBS mit weniger Förderfällen, aber dafür nachhaltig absichern kann, flüchtete sich der Senat in eine bundesfinanzierte Förderung nach der anderen. Die Liste ist mittlerweile lang: Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II, Konjunkturprogramm, Entgeltvariante, Kommunal-Kombi und nun die Bürgerarbeit. Dieses Vorgehen bringt das Problem mit sich, dass nun einmal der Hauptgeldgeber, also der Bund, auch die Regeln bzw. die Zielgruppen definiert, die gefördert werden sollen, und bestimmt, wie lange gefördert wird. Für die Betroffenen brachte dieser ständige Programmwechsel mehr Unsicherheit als dauerhafte Beschäftigung und Integrationserfolge blieben meist aus.

Öffentlich geförderte Beschäftigung nachhaltig umgestalten

Die Bundesregierung zieht sich immer mehr aus der Verantwortung für langzeiterwerbslose Menschen zurück. Wir wollen nicht, dass diese Frauen und Männer, die auch bei sich verbessernder Wirtschaftslage kaum Chancen auf einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, abgehängt werden. Wir wissen: Die gesellschaftliche Integration langzeiterwerbsloser Menschen gelingt am besten durch Integration in Arbeit. Für Menschen, die nicht gleich in Arbeit vermittelt werden können, wollen wir deshalb zusammen mit den Jobcentern ein Landesbeschäftigungsprogramm ins Leben rufen, das befristete qualifizierende Beschäftigungen anbietet. Ein solches Programm garantiert allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen und den Beschäftigten gleichzeitig gesellschaftliche Anerkennung.

Angesichts der hohen Zahl erwerbsloser Menschen in Berlin, viele davon mit Vermittlungshemmnissen und Unterstützungsbedarf, ist es richtig und wichtig, dass die Berliner Landespolitik zusätzlich zum Gesetzesauftrag ein eigenes Förderprogramm in verschiedenen Variationen nach Zielgruppen orientiert durchführt. Die Zahl dieser Menschen mit Unterstützungsbedarf stellt in Berlin eine ganz stabile Größe dar. Ihre Beschäftigungsmöglichkeiten sind fast unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung, weil sie sich über die Förderinstrumente ihre individuellen Zugangschancen erst mal von Grund auf erarbeiten müssen. Für diese Menschen brauchen wir Beschäftigung, die wirtschaftliche und soziale Prinzipien miteinander verbindet.

Sinnvolle Arbeit mit Perspektive

Dass dieses Prinzip funktioniert, zeigt uns das Modell der Sozialfirmen in der Schweiz. Langzeiterwerbslose können in der Schweiz unbefristete Jobs in sogenannten Sozialfirmen bekommen und dort arbeiten, bis sie eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben oder bis sie in Rente gehen. Der Lohn wird von den zuständigen Sozialbehörden bezahlt. Die übrigen Betriebskosten und die Gehälter für alle anderen MitarbeiterInnen muss die Sozialfirma mit Aufträgen selbst erwirtschaften.

Immerhin schaffen bis zu 40 Prozent der Beschäftigten den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist ein großer Erfolg und ein wichtiges Ziel. Aber nicht das einzige. Bei den Sozialfirmen geht es auch um Menschenwürde. So haben auch Menschen, die angeblich zu alt oder krank oder zu schlecht qualifiziert sind für den ersten Arbeitsmarkt in den Sozialfirmen wieder eine langfristige Perspektive. Anders als bei uns, wo die Betroffenen nach kurzfristigen Maßnahmen wieder nach Hause geschickt und ihrem Schicksal überlassen werden, fördern die Schweizer Sozialbehörden ganz gezielt auch längerfristige Arbeitsverhältnisse in Sozialfirmen.

Für Berlin wollen Bündnis 90/Die Grünen einen auf Dauer angelegten gemeinwohlorientierten, gemeinnützigen Sektors schaffen, der Wirtschaftlichkeit und soziales Engagement miteinander verbindet. Auf Dauer angelegte soziale, nicht auf Gewinn ausgelegte Unternehmen beschäftigen und qualifizieren Erwerbslose und verbessern die städtische Infrastruktur. Ein immenser Handlungsbedarf besteht zum Beispiel bei der Pflege öffentlicher infrastruktureller Einrichtungen, für die keine kurzfristigen Sanierungen oder Instandsetzungen aus öffentlichen Mitteln vorgesehen sind. Zusammen mit den Bezirken kann hier ein nachhaltiges Beschäftigungsfeld aufgebaut werden. Wir gehen davon aus, dass in Berlin ein Volumen von 5 000 „sozialen“ Arbeitsplätzen innerhalb von zwei Jahren erreichbar ist. Erfolgreich werden wir damit sein, wenn es uns gelingt, eine politische und gesellschaftliche Akzeptanz für diese Unternehmen einer „neuen Gemeinwirtschaft in Berlin“ herzustellen.

Ramona ist MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Sabine ist Referentin für Arbeitsmarktpolitik der Abgeordnetenhausfraktion.